

# Die „Friedensgrenze“ wirklich überschritten

**„Zu einem bundesweiten Aktionstag der Information und Aufklärung über die Folgen der Gesundheitsreform hatten am Montag, 4. Dezember 2006, die Bundesärztekammer, die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Marburger Bund aufgerufen“, informierte Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) im Rahmen eines Pressegesprächs die Medienvertreter. Mit von der Partie im Münchner Ärztehaus waren die BLÄK-Vizepräsidenten Dr. Max Kaplan und Dr. Klaus Ottmann, Dr. Christoph Emminger, Vorsitzender des Marburger Bundes (MB), Landesverband Bayern, Franz Stumpf, 1. Vorsitzender der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und Oberbürgermeister aus Forchheim und Dr. Klaus Reichel, Ehrenvorsitzender des Hartmannbundes (HB).**



Gegen das GKV-WSG: Dr. Christoph Emminger, Franz Stumpf, Dr. H. Hellmut Koch, Dr. Klaus Reichel, Dr. Max Kaplan und Dr. Klaus Ottmann (v. li.).

Am Aktionstag sollten unter dem Motto „Patient in Not – diese Reform schadet allen“ die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen des Landes darüber informiert werden, welche Auswirkungen das so genannte GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) auf die medizinische Versorgung in Deutschland haben wird: Abbau der wohnortnahen ambulanten und stationären Versorgung, lange Wartezeiten, Minderversorgung mit erheblichen Qualitätseinbrüchen und Verschärfung der Rationierung in allen Bereichen.

Die BLÄK, der MB, der HB und der NAV-Virchow-Bund haben rechtzeitig zum Aktionstag eine Plakataktion ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Wem hilft eine solche Gesundheitsreform?“ wurden flächendeckend in ganz Bayern die Patientinnen und Patienten in Wartezimmern bei niedergelassenen Hausärzten und Fachärzten sowie im Krankenhaus informiert. „Wir befürchten: Aus für Qualität in der Medizin! Ende der Versorgung durch Arzt und Krankenhaus in Ihrer Nähe! Stopp für medizinischen Fortschritt! Schluss mit exzellenten Gesundheitsprojekten in Bayern! Runter mit Leistungen, rauf mit Beiträgen!“ sagte Koch weiter.

„An dem Aktionstag gab es in weiten Teilen Bayerns Praxisschließungen und somit kei-

ne Normalversorgung. Die Notfallversorgung bleibt aber davon unberührt“, betonte Kaplan. Vielerorts organisierten die Ärztinnen und Ärzte Pressegespräche, Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen. „Es versteht sich von selbst, dass Patienten mit akuten Gesundheitsproblemen nicht im Stich gelassen werden“, so Kaplan. „Die Private Krankenversicherung (PKV) bleibt zunächst als Vollversicherung erhalten, aber der vorgesehene Basistarif wird die PKV von innen ruinieren. Die PKV steht mit dem Rücken an der Wand!“, sagte Ottmann. Es sei wichtig darauf hinzuweisen, dass die PKV kaputt gemacht werde, wenn die Politiker diese Reform jetzt im Schnelldurchgang durchpeitschten.

Emminger betonte, dass die Ärztinnen und Ärzte aber auch das Pflegepersonal in den Krankenhäusern erhebliche Einschnitte werde hinnehmen müssen, falls die Gesundheitsreform in Kraft trete. Die Qualität der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern werde darunter leiden. „Dieses Gesetz ist ein Skandal“, sagte Emminger wörtlich. Dem konnte Stumpf nur zustimmen. Nach dem Entwurf des GKV-WSG sei geplant, dass die Krankenhäuser ein Prozent Zwangsabgabe als „Sanierungsbeitrag“ und ein weiteres Prozent zur Verlängerung der „Anschubfinanzierung inte-

grierte Versorgung“ zu leisten haben. „Beide Maßnahmen machen über 140 Millionen Euro zu Lasten der bayerischen Krankenhäuser aus“, mahnte Stumpf. Reichel sah ein Ende der ärztlichen Therapiefreiheit und ein Ende der Patientenautonomie mit dem Gesetz einhergehen.

Den Vorwurf von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die Ärzte würden die Patienten in Geiselnhaft nehmen, konterte Koch abschließend als völlig überzogen und unzutreffend. Nunmehr sei eine „Friedensgrenze“ wirklich überschritten, wenn die Ministerin solche Anschuldigungen gegen die Ärzte hervorbringe. Alle Beteiligten und Betroffenen im Gesundheitswesen lehnten das Reformgesetz als völlig unzulänglich ab. Mit dem GKV-WSG werde der Weg vorgezeichnet in einen staatlichen Gesundheitsdienst mit Wartelistenmedizin und Leistungsausschlüssen. Die flächendeckende gute Versorgung der Patienten – bisher Qualitätsmerkmal des deutschen Gesundheitswesens – werde nach diesem Gesetz schlechter.

Dagmar Nedbal (BLÄK)